



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XII/234 - 12. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24892 - 93
Fernschreiber 0686690

Virweise
auf den Inhalt:

Vom Stumpfsinn des Weitermachens	S. 1
Der Fall Berendsen	S. 3
Paulssene temperierter Lohnstopp	S. 4
Zur Haushaltslage des Bundes	S. 5
Tragödie mitteldeutscher Abiturienten	S. 7

Vom Stumpfsinn des Weitermachens

sp. Seit einer Woche kreist "Sputnik" jetzt in Weltraum. Wir haben vernommen, dass die Amerikaner in Kürze auch ihren "Sputnik" auf die Reise schicken wollen und dass die Russen in Kürze eine ganze Reihe zum Teil verbesserter Erdsatelliten abfeuern werden. Inzwischen haben wir auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass die militärische Bedeutung der Erdsatelliten viel grösser sein dürfte, als man es ursprünglich angeben wollte und dass in Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Raketenwaffen - die zum Abschliessen der unsere Erde umkreisenden Satelliten notwendig sind - fast alle bisherigen erdgebundenen Verteidigungsmassnahmen heute schon von Fachleuten als Anachronismus betrachtet werden.

Das alles hindert aber nicht die Machtpolitiker aller Schattierungen in Ost und West so zu tun, als habe sich nichts geändert. Der Verteidigungsausschuss des Strassburger WEU-Parlaments hat z.B. gestern bei "Anerkennung der psychologischen Risikowirkungen der letzten sowjetischen Massnahmen" vorgeschlagen, die strategischen Atomwaffen der WEU-Mitgliedstaaten nicht nur im Rahmen ihrer Rüstungen zuzubilligen, sondern diese auch zu autorisieren, die Atomwaffen selbst anzuwenden. Bisher sollte die Anwendung nur im Rahmen und unter Aufsicht der NATO möglich sein.

In der UNC-Vollversammlung haben sich Ost und West wieder einmal gegenseitig ihre Sünden vorgehalten und die in London während der Abrüstungskonferenz wechselseitig vorgebracht und abgelehnten - 2 -

Überstellungsvorschläge erneut zur Debatte gestellt. Dem "Zug der Zeit" folgend, haben die Westmächte allerdings in Beantwortung eines ähnlichen russischen Vorschlages ein Abkommen über die Weltraumkontrolle angeregt. Bei dieser Gelegenheit sind die den Osten und Westen trennenden ungelösten politischen Probleme - wie z.B. die Wiedervereinigung Deutschlands - unter den Tisch gefallen.

Bringt man das alles auf einen Nenner, so muss man feststellen: Der Stumpfsein des Weitermachens triumphiert, die Politik des militärischen Blockdenkens regiert weiterhin die Welt und droht Dimensionen anzunehmen, deren Übersehbare für den normalen Erdenbürger nicht mehr möglich ist.

Viel viel klarer denn je wird es jetzt, dass weder das machtpolitische Denken des Ostens noch das des Westens fähig sind, der Menschheit ein Ordnungsprinzip des Zusammenlebens zu geben. Der Versuch von Staaten und Völkergruppen, aber auch von politischen Bewegungen dieses zwingend notwendig gewordene Ordnungsprinzip des Ausgleichs zu schaffen, wird in beiden Hemisphären der Welt - auf der einen Seite mit brutaler Gewalt, auf der anderen Seite mit überwältigender Propaganda - bis jetzt immer noch erfolgreich niedergelassen. Die Apokalypse des technisierten Nachtrausches diktiert vorläufig noch das politische Handeln im Weltmaßstab. Milliarden werden diesem Moloch geopfert; Milliarden, die für andere Dinge nützlicher angewandt werden könnten.

Wenn es aber richtig ist, dass durch den Start des ersten Erdsatelliten eine neue Epoche eingeleitet wurde, dann ist die Menschheit zum Untergang verurteilt, wenn sie hieraus nicht bestimmte Konsequenzen zieht. Der Stumpfsein des Weitermachens wird zum Irrsinn der Selbsterlöschung, wenn nicht die Besten aller Völker in die Arena der öffentlichen politischen Auseinandersetzung steigen und dort zum Kampf gegen den Ungeist der Gegenwart antreten. Die 18 deutschen Atomwissenschaftler, 2000 amerikanische Physiker, führende Persönlichkeiten der Kirchen, ein Albert Schweitzer - sie haben geklagt, welche gewaltige Aufgabe die weltweiten Führungsschichten aller Nationen heute haben. Politiker oder politische Parteien aber, die das Wirken dieser Männer hemmen wollen, machen sich der Vorbereitung des Selbstmordes der Menschheit schuldig.

Aufregung am falschen Platz

sp. Durch eine Indiskretion ist der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses bekannt geworden, der zu prüfen hatte, inwieweit Bundestagsabgeordnete sich in unzulässiger Weise in die Vergabe von Aufträgen für die Bundeswehr eingeschaltet haben. Einer von diesen, der der CDU angehörende Abgeordnete Berendsen, kam nicht gerade glimpflich davon. Es wurden nach diesem Vorbericht des Untersuchungsausschusses direkte Verbindungen zwischen Berendsen und einer Konzern festgestellt, der sich um Panzeraufträge bei dem Koblenzer Beschaffungssamt bemüht hatte. Ausserdem hat dieser Abgeordnete Gespräche über Rüstungsaufträge mit dem Präsidium des Bundesverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums geführt. Während der Vernehmungen, die in aller Öffentlichkeit stattfanden, gab Berendsen verschiedene Darstellungen über seine Kenntnis der Verflechtungen seiner Firma, bei der er als Prokurist beschäftigt ist und der Rüstungsfirma, die scharf auf die Erteilung von Aufträgen aus war.

Das Ganze ist eine höchst unerfreuliche Angelegenheit und sie berührt die CDU auf eine recht peinliche Weise. Wie reagierte sie nun darauf? Sie ist bitterböse darüber, dass der Bericht vorzeitig der Öffentlichkeit zur Kenntnis gelangte, sie spricht von einem Bruch der Vertraulichkeit und verlangt, die Urheber dieses Vertrauensbruches mögen zur Rechenschaft gezogen werden. Nun konnte aber jedermann, der Lust und Neigung hatte, dabei sein, als die Mitglieder des Untersuchungsausschusses die drei Abgeordneten befragten, sie konnten sich also selbst ein Bild über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Vorwürfe machen. Insofern enthält also der Bericht, über den sich die CDU nun so aufregt, nichts, was seit dem Tage dieser öffentlich geführten Untersuchung nicht ohnehin schon bekannt war. Die Aufregung ist daher falsch am Platze, sie verrät allerdings das schlechte Gewissen über die Verhaltensweise eines Abgeordneten, der als Wehrexperte mit zur Spitzengarnitur der CDU zählt. Dieser Abgeordnete war es auch, der seinerzeit auf die Auflösung des Untersuchungsausschusses Beschaffung Einfluss nahm. Dieser Ausschuss hatte die Aufgabe, die Rüstungskäufe auf ihre Qualität und Zulässigkeit hin zu überprüfen und er hat durch diese Tätigkeit dem bundesrepublikanischen Steuerzahler Milliardenbeträge erspart. Die Auflösung dieses Ausschusses gab erst die Bahn frei für die unerquicklichen Erscheinungen in Koblenzer Beschaffungssamt.

Der Stoss der CDU geht zu falscher Zeit, am falschen Ort und in falscher Richtung. Ob sie es wirklich ernst meint mit der Bekämpfung der Korruption im Zusammenhang mit der Ausrüstung der Bundeswehr wird sich bald an ihrem Verhalten im Falle Berendsen erweisen. Hier kann nur völlige Rücksichtslosigkeit aufkommende Zweifel beseitigen.

Maßhalte-Apostel

-x So haben wir es uns vorgestellt - und es war gar nicht einmal schwer, die Absichten der Unternehmerverbände nach einem Wahlsieg der CDU/CSU zu erraten: die Preise hoch und die Löhne einzementiert!

Mit der Forderung nach höheren Preisen, bei gleichzeitigen Lohnstopp, haben die Bauernverbände durch ihren Präsidenten Rehwinkel schon am ersten Tage nach der Wahl in dieses Horn gestossen. Es folgte das Preisdiktat des Kohlenbergbaues. Nun fehlte nur noch die Lohnstopp-Parole der Industrie, um die sozialdemokratischen Voraussagen vor der Wahl zu erfüllen. Auch sie liegt nun vor.

Herrn Präsident Paulssen von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat an die "Verantwortung" der Arbeitgeber und Arbeitnehmer appelliert: masshalten! Masshalten in den Forderungen- und das ist an die Arbeitnehmer gerichtet; Masshalten in den Bewilligungen, das ist an die Arbeitgeber gerichtet. Masshalten in den bevorstehenden Lohn- und tarifpolitischen Verhandlungen und sich dort "der hohen Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit" bewusst zu sein.

Wir haben nichts davon gehört, dass Herr Paulssen die Preistreiber zum Masshalten aufgefordert hätte. Nichts davon, sich ihrer hohen Verantwortung in der Erfüllung des Wahlversprechens des Kanzlers und des Wirtschaftsministers, die beide stabile Preise und stabile Währung nach den Wahlen garantieren wollten, bewusst zu sein. Auch Herr Paulssen kann sich nicht darauf zurückziehen, für die bewusst unwahren Wahlparolen Adenauers und Erhards nicht verantwortlich zu sein, die die Preisforderungen der Wirtschaft kannten und trotzdem versprachen, was sie nach den Wahlen nicht zu erfüllen vermochten. Gerade die ideelle und materielle Hilfe, die Gelder und Zinssinnsrate der Wirtschaft, haben diese Irreführung der Wähler bewusst gefördert. Vor der Wahl hat sich Herr Paulssen nicht aufgeschwungen, etwa zum Masshalten in der Verleumdung und in falschen Versprechen aufzufordern.

Natürlich nicht! Denn genau diese Irreführung und ihr Ergebnis haben er und seine Freunde gewollt: haben jene gewollt, die sich nun an steigenden Preisen mästen und die Arbeitnehmer zum Masshalten in ihren Forderungen halten. Das prahlerische Wort von der hohen Verantwortung für die Allgemeinheit hat für sie nur einen Sinn: Verantwortung vor ihrem Profit, für den die Allgemeinheit allenfalls arbeiten darf.

Ein Mammut-Haushalt von 42 Milliarden DM ?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Man hört nun allgemein, dass Schäffer doch wiederkommen soll. Und wie es heisst, soll er vor allen deshalb sein Amt weiterführen, weil er selbst der Beste sei, mit seinem eigenen Erbe fertig zu werden. Das wird nicht ohne Ironie gesagt, präziser könnte es wohl heissen: es soll kein anderer Politiker, etwa der hochgerühmte Franz Etzel, sich in diesem Amt verschleissen. Schäffer aber werde schliesslich im kommenden Jahr 70, 1961 73 Jahre alt. Muss er dann gehen, so hat er doch wenigstens noch einen jüngeren Politiker den Kopf gerettet.

Über sein Erbe, das er nun selbst antritt, kann ^{man} einiges in den Wirtschaftsblättern lesen. Offenbar sind die Haushaltsvoranschläge der Ministerien fertiggestellt, dem Finanzministerium zugeleitet und dort zum ersten Mal zusammengerechnet worden. Die Ressorts fordern 42 Milliarden DM! Das sind 7 Milliarden DM Netto-Ausgaben mehr als im laufenden (Wahl-)Haushalt! Die Stationierungskosten nicht inbegriffen.

Diese Nachricht ist erschreckend, aber sie ist wohl geeignet, jeden möglichen Aspiranten auf das Amt des Finanzministers - ausser eben Schäffer - abzuschrecken. Selbst wenn man sich erinnert: 1956 wurden von den Ressorts 6,5 Mrd. DM mehr gefordert als 1955 im Haushalt eingesetzt waren und diese Summe wurde im Kabinett auf 2,5 Mrd. DM reduziert. Woher soll nun zusätzliches Geld genommen werden? Die Reserven sind angeblich aufgebraucht.

Der Juliussturm, so heisst es, ist leer. Es waren sechs Milliarden DM Ausgabenreste darin, die aber voraussichtlich am Ende des laufenden Haushaltsjahres, im März 1958, ausgegeben sein werden, weil vier Milliarden aus der Reserve ohnehin zum Haushaltsausgleich herangezogen werden sollen, und weitere zwei Milliarden, die auf dem Anleiheweg nicht zu beschaffen sind, vermutlich auch dorthin genommen werden müssen. Vielleicht wird Strauss nicht sofort die ihm bewilligten acht Milliarden ausgeben. Könnte er nur sechs ausgeben, würden zwei am Ende des Haushaltsjahres wieder in den Juliussturm zurückfliessen und dort einen kleinen Bodensatz bilden. Aber da ihm dieses Geld schon zugewiesen ist, kann man es nicht als Reserve ansehen. Würde es für andere Zwecke verausgabt, müsste es ihm später neu - und zusätzlich zu seinen sonstigen Ausgaben - bewilligt werden; denn irgendwann müssen die Gesamtkosten der Rüstung aufgebracht werden, umso schlimmer, wenn sie eines Tages alle auf einmal aufzubringen sind!

Die Lage ist, wenn man den Wirtschaftsblättern vertraut, so: von

12. Oktober 1957

den 35 Milliarden Netto-Ausgaben des laufenden Jahres werden sechs aus den Kassenreserven gedeckt, mit vier Milliarden der Reservegelder sind laufende Ausgabenposten begründet worden, die also in den kommenden Jahren zusätzlich aufgebracht werden müssen. Vier Milliarden zusätzlich, dazu sieben Milliarden neue Anforderungen der Ressorts: also elf Milliarden Defizit. Ungefähr 2,5 Mrd. DM werden die Steuern wegen gesteigerter Produktivität zusätzlich erbringen. Dies verringert das Defizit auf 8,5 Mrd.

Aber wie ist das eigentlich mit den eben für Strauss neu bewilligten "Ausgabenresten" von 3,5 Mrd. aus den Jahren 1955/56? Dieses Geld ist nicht mehr vorhanden, es müsste - Folge der für andere Zwecke verausgabten Milliarden - neu in den neuen Haushalt eingesetzt werden. Vielleicht wird man erst einmal diesen Betrag bewilligen, in der Hoffnung, Strauss werde mit den anderen Ausgaben wieder nicht nachkommen. Aber eines Tages muss die Verteidigung bezahlt werden, es wäre ungeheuerlich, sich 1960/61 einem 20-Mrd.-DM-Verteidigungshaushalt gegenüberzuwenden, wie ihn ein prominentes Wirtschaftsblatt angekündigt hat. Was würde in einem solchen Falle aus der Währung?

Armer Schäffer, der sein eigener Nachfolger wird. Nachträglich kann man verstehen, dass er sich gegen jede Steuererleichterung und - vorberühmend - auch gegen jede Steuerreform gestäubt hat. Da unter den augenblicklichen machtpolitischen Verhältnissen an eine Umschichtung der Steuerbelastung vom kleinen auf den grossen Mann nicht zu denken ist, (wozu hat der grosse Mann die vielen Wahlplakate bezahlt, auf die der kleine Mann hereingefallen ist?) bleibt für Schäffer nichts anderes übrig, als sich gegen jede Änderung überhaupt zu sträuben. So ist also, schon ehe der neue Bundestag zusammentritt, entschieden, dass es vermutlich eine Steuerreform nicht geben wird.

Schäffer, das kann man voraussehen, wird seine zwiespältige Popularität als sparsamer, knickeriger Minister eher beleben. Es gab bisher noch' augenzwinkerndes Verständnis für ihn, aber nun wird er die Steuerschraube anziehen müssen. Eigentlich kann er nichts dafür, dass er in einer so schlechten Lage ist. Er hat sich gegen Mehrausgaben immer gestäubt. Aber er hat sich gegen den Druck der vielen Interessenten nicht durchgesetzt. Jetzt steht er auf nahezu verlorenem Posten, und wieviele Wahlversprechen muss seine Partei einlösen!

Vom Westen enttäuscht

D.Str. Vor kurzer Zeit beschäftigte sich die westdeutsche Presse mit der Fluchtlawine ostzonaler Abiturienten in die Bundesrepublik. Unter diesen publizistischen Äußerungen waren nicht wenige, die den Mut dieser jungen Menschen lobten, dass sie diese für sie nicht leichte Entscheidung, materiell gesehen, getroffen haben, und zwar zumeist aus ideellen Gründen. Die Abiturienten gaben das häusliche Nest, die Schule oder die Universität auf und kamen in die Bundesrepublik. Sie glaubten nämlich, hier einen Non-Konformismus zu finden, der sich nicht nur auf politisch-weltanschaulicher Ebene vor dem Konformismus des östlichen Denkens abhob.

Wie bitter wurden viele von ihnen enttäuscht! Eine nicht unerhebliche Zahl dieser jungen Menschen ging wieder nach Mitteldeutschland zurück. Diese Tatsache ist betrüblich, aber sie ist gar nicht so neu. Nicht nur Abiturienten kehren wieder in die Zone zurück, sondern auch andere junge Menschen. Und zwar nicht nur erst seit heute.

Die Gründe dafür sind:

Obwohl die jungen Flüchtlinge aus der Zone für den Anfang staatlicherseits hinlänglich betreut werden, bleiben sie "Menschen von drüben". Vielleicht nicht einmal so sehr auf materiellem Gebiet, jedoch dafür in erhöhtem Masse auf dem Sektor, den man allgemein mit "menschlichem Umgang" bezeichnet. Sie hocken auf gemieteten Stuben bei Vermietern, die lediglich den Mietvertrag des BGB in Auge haben und nicht den innerlich ruhelosen jungen Menschen, der dahinter steht und auf menschliche Wärme hofft. Die Frage der Deutschen in der Zone ist für viele saturierte Westdeutsche ohnehin nicht aktuell und vor allen Dingen materiell nicht allzu nutzbringend. Diese bedauerlichen Fakten haben z.B. die Evangelische Kirche veranlaßt, sogenannte Begegnungsstätten zu gründen, in denen diese jungen Menschen zusammenkommen können. Denn wie schnell kann es sonst geschehen, dass an Ende eines solchen Weges der Hoffungslosigkeit, begangen in der Zone, fortgesetzt in saturierten Westen, der Jugendrichter steht.

Für den Spezialfall der Abiturienten aus der Zone kommt noch etwas hinzu, nämlich die bürokratische Schwerfälligkeit der - 8 -

Schulbehörden, die den jungen Menschen nach ihrer Flucht eine bundesrepublikanische "Sonderreifeprüfung" bescheren. Gewiss, es soll und kann nicht geleugnet werden, dass die Lehrpläne der ostzonalen Oberschulen von denen in der Bundesrepublik erheblich abweichen. Dasselbe trifft aber auch zu bei den Abschluss-Examina, die junge Deutsche im Ausland ablegen und infolge vertraglicher Vereinbarung damit in der Bundesrepublik studieren. Warum, so fragt man sich, müssen die Jungen aus der Ostzone, die vielleicht dort ihr Abitur gemacht haben, hier noch einmal in die Traufe der ach so beliebten deutschen Prüfungsmühle? Diese Abiturienten sind, wenn man den Maßstab der Reife als Ziel der Oberschule anlegt, sehr viel reifer als ihre oft politisch und gesellschaftlich uninteressierten westdeutschen Kameraden. Dafür sind ihr Widerstand und schliesslich die Flucht der Jungen aus der Zone trotz jahrelanger SED-Infiltration in der Schule doch lebendige Beweise.

Es wäre vielmehr angebracht, diesen jungen Menschen sofort den Weg zur Hochschule zu öffnen, z.B. mit der Auflage, in den ersten drei Semestern, wo bekanntermassen die Arbeitsintensität noch nicht so stark ist wie in den Examenssemestern, einige von der Hochschule einzurichtende Übungen zu besuchen, wo ihnen der nach Ansicht der Schulbehörde noch notwendige Stoff nahegebracht wird.

Dass eine Ergänzungsprüfung, und damit verbunden ein weiterer Aufschub der Hochschulreife, von diesen Jungen, die ihre Freiheit aufs Spiel gesetzt haben, als eine Behinderung ihres Fortkommens aufgefasst werden muss, liegt doch auf der Hand. Hinzu kommen die finanzielle Not, das Wohnungsproblem mit dem Run auf die stets im Preise steigenden "Studentenbuden" und viele andere Dinge, die selbst einem westdeutschen Marktstudenten, der keinen Monatswechsel vom Vater bekommt, oft an den Rand der Verzweiflung bringen.

Die Folge aller dieser Schwierigkeiten ist, dass die jungen Abiturienten, vom Westen enttäuscht, wieder unter die geistige Knute der SED zurückkehren, als Büßer in Sack und Asche. Der freie Westen verliert aber wieder einmal geistiges Kapital. Wo diese Methode auf die Dauer hinführen kann, das würde jedem politisch denkenden Menschen klar, als er das Zirpen von "Sputnik", dem U.S.S.R.-Satelliten, hörte, jedoch scheint es sich immer wieder zu bewahrheiten, dass in der Bundesrepublik das Schnitzel vor dem Geist rangiert.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel